Stadt Butzbach, Stadtteil Maibach Bebauungsplan "Östlicher Ortsrand"



Rechtsgrundlagen

Baudesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. 06. 2005 (BGBI. I S. 1818), Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. vom 23.01.1990 (BGBl. I S.132). zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBI, I S. 466).

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) i.d.F. vom 18.12.1990 (BGBI. I 1991 S. 58), Hess. Bauordnung (HBO) vom 20.06.2005 (GVBI. I S. 434), zuletzt geändert durch Gesetz vom

Zeichenerklärung .____ Flurgrenze 1.1.3 Polygonpunkt Flurstücksnummer

vorhandene Grundstücks- und Wegeparzellen mit Grenzsteinen geplante Grundstücksgrenzen (unverbindlich) Art der baulichen Nutzung Allgemeines Wohngebiet

Maß der baulichen Nutzung Geschossflächenzahl Grundflächenzahl Zahl der zulässigen Vollgeschosse Höhe baulicher Anlagen als Höchstgrenze in m über NN (siehe Teilplan 2); hier:

Traufhöhe (Schnittkante verlängerte Außenwand-Oberkante Dachhaut) lauweise, Baugrenzen, Baulinien offene Bauweise

nur Einzelhäuser zulässig

traßenverkehrsfläche Straßenbegrenzungslinie, auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung; hier:

Verkehrsberuhigter Bereich (be den Verkehrszeichen 325/326) Verkehrsberuhigter Bereich (begründet nicht zwingend eine Kennzeichnung mit

Sichtfeld; es gilt 2.4 Öffentliche Grünfläche, Zweckbestimmung Verkehrsbegleitgrün

gen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zu , zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft; hier Zweischüriges Extensivgrünland * Anpflanzung von großkronigen Laubbäumen gemäß 2.7.1

Anpflanzung von Hochstammobstbäumen gemäß 2.7.2

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Textliche Festsetzungen

Gem. § 9(1)6 BauGB i.V.m 1 (6) BauNVO: Sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Gartenbaubetriebe und Tankstellen sind unzulässig.

Gem. § 9(1)6 BauGB: Je Wohngebäude sind max. 3 Wohnungen zulässig. Gem. § 9(1)4 BauGB i.V.m. § 12(6) BauNVO: Garagen (einschl. sog. "Carports") sind nur in einem Abstand von mind. 3,0 m und max. 6,0 m zur Straßenbegrenzungslinie zulässig.

Gem. § 9(1)11 BauGB: Die Sichtflächen sind von jeglicher Bebauung und Bewuchs, auch Grundstückseinfriedungen udgl. über 0,8 m, gemessen von jeweils Fahrbahnoberkante, freizuhalten ggf. durch Erdabtrag bzw. Beseitigung derzeit sichtbehindernder Einrichtungen erstmals herzustellen.

Gem. § 9(1)20 BauGB: Rad- und Gehwege auf den Baugrundstücken und Hofflächen i.S. von untergeordneten Nebenanlagen sind mit Rasenkammersteinen, Schotterrasen oder wasserdurchlässigem Fugenpflaster zu befestigen.

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gem. § 9 (1) 20 BauGB: Innerhalb der Flächen gemäß 1.2.6.1 sind bauliche Anlagen unzulässig.

2.6.2 Entwicklungsziel: Zweischüriges Extensivgrünland

Empfehlung: Die derzeitig als Acker genutzten Flächen sind durch Ansaat in Grünland zu überführen. Mit aufkommender Grünlandvegetation sind die Flächen 5 Jahre 3 x jährlich ab Mitte Mai zu mähen, das Schnittgut ist (in getrocknetem Zustand) abzufahren, eine Düngung ist unzulässig. Anschließend sind die Flächen zweimal jährliche Ende Juni und Ende September zu mähen, das Schnittgut ist (in getrocknetem Zustand) abzufahren, eine Düngung ist unzulässig.

Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern gem. § 9(1)25 BauGB:

Anpflanzung von großkronigen Laubbäumen der folgenden Arten (Solitäre, STU 14-16

Acer platanoides - Spitzahorn Acer pseudoplatanus - Bergahorr Carpinus betulus - Hainbuche Quercus robur - Stieleiche Quercus petraea - Traubeneiche

Bei Anpflanzungen außerhalb größerer Grünflächen ist eine als Pflanzinsel anzulegende Baumscheibe > 6 qm je Baum vorzusehen.

Anpflanzung von Hochstammobstbäumen gem. Plankarte: Es sind bewährte Regionalsorten (bevorzugt Apfel, Birne, Süßkirsche) zu verwenden. Mindest-Pflanzgualitäten: 3xv., STU 12 - 14 cm. Die Bäume sind fachgerecht zu pflegen, Ausfälle zu ersetzen. Die Abstandsbestimmungen des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes sind zu beachten.

Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften

Gem. § 9(4) BauGB i.V.m. § 81(1) HBO:

3.1.1 Dachform und Dachneigung: Zulässig sind Sattel- und Walmdächer. Die zulässige Dachneigung beträgt 35° bis 45°. Freistehende Doppel- und Mehrfachgaragen und untergeordnete Nebenanlagen sind in Dachform und Neigung dem Hauptgebäude anzupassen.

3.1.2 Dachaufbauten: Gauben müssen einen Mindestabstand von 1,5 m zur Giebelwand aufweisen. Zulässig sind Spitz- und Giebelgauben (Dachneigung 35° bis 45°) sowie Schleppgauben (Dachneigung mind. 20°).

Gem. § 9(4) BauGB i.V.m. § 81(1)3 HBO:

Einfriedungen: Seitlich und rückwärtig zulässig sind ausschließlich Drahtgeflecht und Holzlatten in senkrechter Gliederung bis zu einer Höhe von 1,5 m. Bei Lattenzäunen darf die Breite einer Latte max. 10 cm betragen. Der Zwischenraum zwischen zwei Latten muss mind. 5 cm betragen. Ein Mindestbodenabstand von 0,15 m ist einzuhalten; Mauer- und Betonsockel sind unzulässig (soweit es sich um keine Stützmauern handelt). Die Zäune sind mit Laubsträuchern gemäß Artenliste 2 abzupflanzen (einreihige Pflanzung, Pflanzabstand 1,5 m) oder mit dauerhaften Kletterpflanzen gemäß Artenliste 3 zu beranken.

Gem: § 9(4) BauGB i.V.m. § 81(1)5 HBO:

Mind. 30 % der Grundstücksfreiflächen sind mit einheimischen, standortgerechten Laubgehölzen sowie bewährten Hochstammobstbäumen zu bepflanzen. Die nach den bauplanungsrechtlichen Festsetzungen anzupflanzenden Laubbäume und -sträucher können zur Anrechnung gebracht werden. Es gelten 1 Baum 25 qm, ein Strauch 1 qm (zur Artenauswahl s.u.). Blühende Ziersträucher und Arten alter Bauerngärten können bis zu 25 % der Einzelpflanzen eingestreut werden.

Artenlisten (Auswahl):

Fagus sylvatica Aeculus hippocastanum - Kastanie Acer pseudoplatanus Artenliste 2 (Bäume 2. Ordnung): Acer campestre Malus sylvestris Wildapfel Carpinus betulus Sorbus aucuparia Pyrus pyraster Artenliste 3 (Sträucher): Carpinus betulus Lonicera xylosteum Cornus sanguinea - Roter Hartriegel Prunus spinosa Corylus avellana Rosa canina agg. - Hundsrose Crataegus monogyna Ligustrum vulgare Crataegus laevigata Artenliste 4 (blühende Ziersträucher / Arten alter Bauerngärten) Cornus mas - Buchsbaum Mespilus germanica Buxus sempervirens Philadelphus coronarius - Falscher Jasmin Forsythia intermedia Ilex aquifolium Stechpalme Artenliste 5: Kletterpflanzen Campsis radicans Clematis montana Polygonum aubertii Clematis-Hybriden - Clematis, Waldrebe Vitis vinifera - Echter Wein Wisteria sinensis - Blauregen, Glyzine Hedera helix Lonicera periclymenum - Wald-Geißblatt Parthenocissus quinquefo- ~ Wilder Wein

Wasserrechtliche Festsetzung

Gem. § 42(3) HWG: Das Niederschlagswasser von nicht dauerhaft begrünten Dachflächen ist als Brauchwasser zu verwerten. Es sind Zisternen mit einem Speichervolumen von mind. 25 l/qm projizierte Dachfläche einzubauen. Ein Zisternenüberlauf an den Mischwas-

Nachrichtliche Übernahmen

Die Garagen und Stellplätze betreffenden Festsetzungen werden subsidiär durch die Vorschriften der Stellplatzsatzung der Stadt Butzbach in der zum Zeitpunkt der Bauantragstellung geltenden Fassung ergänzt.

5.2 Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt in der engeren Schutzzone GWII des Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Butzbach, Stadtteil Maibach. Die Verbote der Schutzgebietsverordnung vom 26.10.1989, StAnz. 48/1989 S. 2416 sind zu beachten.

§ 4 Verbote in der Zone III

In der Zone III sind verboten:

- 1. das Versenken und Versickern von Kühlwasser, radioaktiven Stoffen und Abwasser einschließlich des auf den Straßen anfallenden Niederschlagswassers; 2. das Ablagern von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen sowie deren Einbrin-
- gen in den Untergrund; 3. das Errichten und Betreiben von Rohrleitungen für wassergefährdenden Stoffe außer-
- halb eines Werksgeländes (Fernleitungen);
- 4. das Errichten und Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, in denen ra-
- dioaktive oder wassergefährdende Stoffe hergestellt oder verwendet werden; 5. Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Betriebe, wenn das Abwasser nicht
- vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet hinausgeleitet wird; 6. das Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe sowie innerhalb eines Werksgeländes deren Befördern in Rohrleitungen, soweit hierzu nicht Anlagen i.S.d. § 15 Abs. 2 der Anlagenverordnung (VAwS) vom 23.März 1982 (GVBl. I S. 74)
- verwendet werden: . Abwasserbehandlungsanlagen (Kläranlagen – mit Ausnahme von zugelassenen Kleinkläranlagen) und Sammelgruben;
- B. das Auffüllen der Erdoberfläche mit wassergefährdenden Stoffen:
- 9. das Verwenden von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- oder Wasserbau; 10. Abfallbeseitigungsanlagen sowie Anlagen, die der Lagerung und Behandlung von Au-
- towracks dienen: 11. Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des
- 12. militärische Anlagen sowie Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderen Or-
- ganisationen, die geeignet sind, das Grundwasser nachteilig zu verändern; 13. das Herstellen von Bohrungen und Erdaufschlüssen mit wesentlicher Minderung der Grundwasserüberdeckung, sofern nicht fachbehördlich festgestellt worden ist, dass eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner
- Eigenschaften nicht zu besorgen ist; 14. Rangierbahnhöfe:

15. das Neuanlegen und Erweitern von Friedhöfen; 16. Grundwasser- und Erdreichwärmepumpen:

- 17. das Halten von Tieren in Großbeständen, wenn das ordnungsgemäße Verwerten oder Beseitigen der tierischen Ausscheidungen nicht gesichert ist;
- 18. das offene Lagern boden- oder wasserschädigender Mittel für Pflanzenschutz (einschließlich Mittel zur Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung) und zur Wachstumsregelung; die Anwendung ist nur unter genauer Beachtung der Gebrauchsanweisung zuläs-
- 19. das unsachgemäße Lagern von Wirtschafts- und Handelsdünger; 20. das Aufbringen von tierischen Ausscheidungen, soweit das übliche Maß der landwirt-
- schaftlichen Düngung überschritten wird; 21. das Aufbringen von Klärschlamm, soweit nach der Klärschlammverordnung (AbfKläV)
- vom 25. Juni 1982 (BGBI. I S. 734) dies verboten bzw. eine Genehmigung oder die Zulassung einer Ausnahme erforderlich ist; 22. das Aufbringen von Fäkalschlamm.

§ 5 Verbote in der Zone II

In der Zone II gelten die Verbote für die Zone III. Darüber hinaus sind verboten:

- 1. das Errichten und die wesentliche Änderung von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen i.S.d. § 2 der Hess. Bauordnung (HBO);
- Baustellen, Baustofflager, Baustelleneinrichtungen; der Neubau und die wesentliche Änderung von Straßen, Bahnlinien und sonstigen Verkehrsanlagen, ausgenommen Feld- und Waldwege;
- 4. das Errichten von Sport-, Zelt-, Bade- und Parkplätzen sowie das Zelten, Lagern und Abstellen von Wohnwagen;
- Kraftfahrzeugwaschen und Ölwechsel;
- 6. jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe (z.B. Kies-, Sand-, Torf-, Lehm- und Tongruben, Steinbrüche), durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Grundwasserüberdeckung vermindert wird: 7. der Bergbau, wenn er zum Zerreißen der Grundwasserüberdeckung, zu Einmuldungen
- oder offenen Wasseransammlungen führt; Sprengungen;
- 9. das Vergraben von Tierkörpern: 10. der Transport radioaktiver Stoffe:
- 11. das Herstellen oder wesentliche Umgestalten von oberirdischen Gewässern einschließ-
- 12. militärische Anlagen sowie Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderen Organisationen; ausgenommen sind: 1.Bewegungen zu Fuß,
- 2. oberirdisches Verlegen von leichtem Feldkabel,
- 3.auf klassifizierten Straßen und wasserdicht befestigten Flächen: Durchfahren mit Ketten-Kraftfahrzeugen
- Bewegungen von Rad-Kraftfahrzeugen mit Ausnahme von Tank-Kraftfahrzeugen: 13. Viehansammlungen und Pferche, soweit dadurch das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten oder die Pflanzdecke wesentlich verletzt wird;

14. das Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Durchleiten und Befördern wassergefährdender

- 15. das unsachgemäße Anwenden von Wirtschafts- und Handelsdünger;
- 16. das Aufbringen von Klärschlamm;
- 17. die organische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in der Zone I besteht: 18. Gärfuttermieten;
- 19. Gartenbaubetriebe und Kleingärten.

Hinweis: Die Verlegung der südwestlichen Grenze der Schutzzone II um 30 m ist beantragt; hiernach verläuft die zukünftige Grenze der engeren Schutzzone entlang der südwestlichen Grenze der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft. Die Baugrundstücke liegen dann in der weiteren Schutzzone III; die hier geltenden Verbote der o.g. Schutzgebietsverordnung sind

Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises (17.08.2004)

Darmstadt unverzüglich mitzuteilen.

Werden innerhalb des Geltungsbereiches im Rahmen von Baumaßnahmen Bodenkontaminationen oder sonstige Beeinträchtigungen festgestellt, von denen eine Gefährdung für Mensch und Umwelt ausgehen kann, ist umgehend das Regierungspräsidium Darmstadt, Abt. Staatliches Umweltamt Frankfurt, die Stadt / Gemeinde, die nächste Polizeidienststelle oder der Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises zu benachrichtigen um die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Die Baumaßnahmen sind bis zur Entscheidung einzustellen. Zur Sicherung der ordnungsgemäßen Behandlung und Verwertung von Erdaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch ist die gemeinsame Richtlinie für die Verwertung von Bodenmaterial, Bauschutt und sonstiger Abgrabungen, veröffentlicht im Staatsanzeiger für das Land Hessen vom 14. Oktober 2002 zu beachten bzw. anzuwenden.

Regierungspräsidium Darmstadt (22.09.2004) Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes enthält keine Hinweise auf Altflächen (Altablagerungen und Altstandorte) oder schädliche Bodenveränderungen. Werden dennoch Verunreinigungen festgestellt ist dies dem Regierungspräsidium

1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2(1) BauGB: Der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes wurde durch die Stadtverordnetenversammlung am 15.10.2003 gefasst. Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am 31.08.2004 in der Butzbacher Zeitung.

Butzbach, den _______ 7. NOV.

2. Bürgerbeteiligung gem. § 3(1) BauGB: Der Planvorentwurf wurde nach öffentlicher Bekanntmachung am 31.08.2004 in der Verwaltung in der Zeit vom 02.09.2004 bis 17.09.2004 zu jedermanns Einsicht ausgelegt.

30.05.2005 bis 01.07.2005 einschl. zu jedermanns Einsicht ausgelegt. Die Bekanntmachung der Planauslegung erfolgte am 19.05.2005 in der Butzbacher Zeitung.

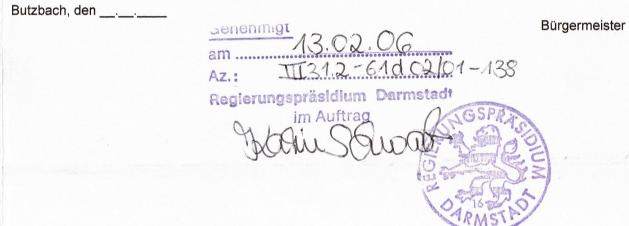
3. Öffentliche Auslegung gem. § 3(2) BauGB: Der Planentwurf wurde in der Verwaltung in der Zeit vom

Butzbach, den ____0 7.. NOV.

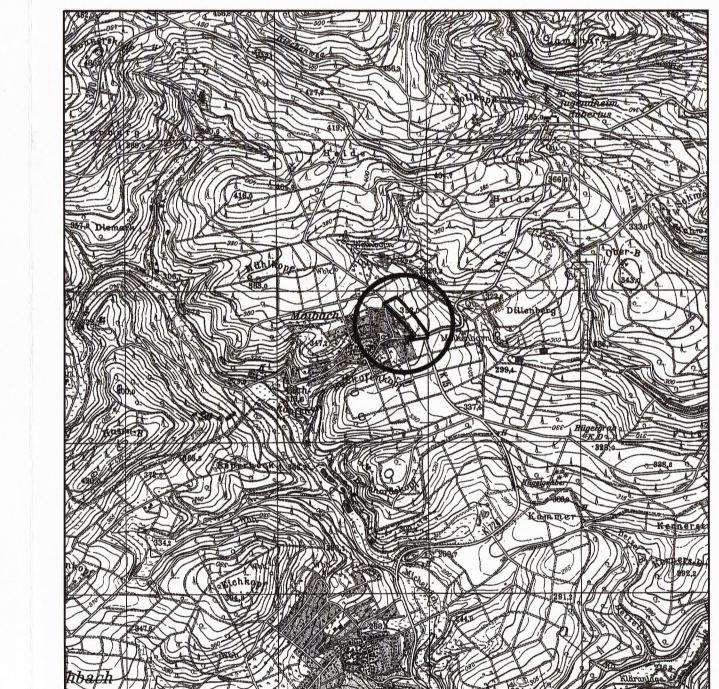
4. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB sowie § 5 HGO i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB, § 81 HBO und § 42 HWG: Der Planentwurf wurde am 13.10.2005 als Satzung beschlossen.

5. In-Kraft-Treten gem. § 10 BauGB: Der Satzungsbeschluss wurde am macht. Damit hat der Bebauungsplan Rechtskraft erlangt.

Siegel der Stadt



Übersichtskarte (Maßstab 1: 25.000



lanungsbüro Holger Fischer, Konrad-Adenauer-Str. 16 - 35440 Linden - Tel. 06403 / 9537-0, Fax. 9537-3 ▲ Stadt Butzbach, Stadtteil Maibach 15.04.2005 Bebauungsplan 20.09.2005 "Östlicher Ortsrand" 13.10.2005 Bearbeitet: Fischer